# Riesaer Tageblatt

## und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tageblatt Riesa. Fernruf Nr. 20.

Das Riesaer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen

Postscheckkonto: Dresden 1559 Girokasse Riesa Nr. 52.

**№ 297.** **Sonnabend, 22. Dezember 1923, abends.** **76. Jahrg.**

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends ½6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für die Zeit vom 15.—30. Dezember 2100 Milliarden M. einschl. Bringerlohn. Für den Fall des Eintretens von Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 89 mm breite, 1 mm hohe Grundschrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achtseitige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59.

Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.


## Die Lebensmittelanleihe vor der Reparationskommission.

Aus Paris kommt für Deutschland eine Weihnachtsüberraschung, nämlich seit langer Zeit die erste Nachricht, die nicht unerfreulich ist, und Hoffnungen läßt. Die Reparationskommission hat am Freitag Mittag **das Ersuchen Deutschlands um Zubilligung einer Priorität für die amerikanische Lebensmittelanleihe nicht abgelehnt**, sondern beschlossen, es den Regierungen vorzulegen. Diese sollen die Entscheidungen treffen, ob die Pfandrechte der Kommission zu Gunsten der Anleihe zurückgestellt werden sollen. Wenn auch die Priorität der Anleihe nach dem klaren Wortlaut des Versailler Vertrages eigentlich eine Selbstverständlichkeit ist, worauf die deutsche Regierung mit ihrer Berufung auf den § 240 des Vertrages neben dem § 251 hingewiesen hat, so sind wir doch längst gewöhnt, daß selbst Selbstverständlichkeiten, wenn sie dem deutschen Interesse dienen, in Paris gewöhnlich als Unmöglichkeiten oder gar als Anmaßungen ausgelegt werden. In diesem Falle hatte auch noch ein Teil der Pariser Presse, der mit Poincaré in guter Verbindung steht, schon seit einigen Tagen darauf hingewiesen, daß das Ansuchen Deutschlands rundweg abgelehnt werden müsse, und daß insbesondere England niemals seine Zustimmung geben würde. Die Reparationskommission hat sich zu dieser, von Poincaré offenbar gewünschten Ablehnung nicht entschließen können, sondern die Entscheidung den Regierungen anheimgestellt. Inzwischen hat sie das Garantiekomitee beauftragt, einen Bericht über die Ernährungsfrage in Deutschland, namentlich im Hinblick auf Brotgetreide und Speisefette, zu erstatten, damit also das Ersuchen Deutschlands als erwägungs- und untersuchungswert bezeichnet. Offenbar will man Amerika, dessen öffentliche Meinung sich in den letzten Wochen immer mehr gegen Frankreich kehrt, nicht vor den Kopf stoßen, zumal Amerika entschlossen zu sein scheint, die Anleihe unter allen Umständen Wirklichkeit werden lassen zu wollen. Man will in den Vereinigten Staaten, wenn eine Ablehnung erfolgen sollte, nach dem Vorschlage des Senators Watson die in Amerika aufgehäuften Zinsen des während des Krieges beschlagnahmten deutschen Vermögens zum Ankauf von Lebensmitteln verwenden. Oder aber einen Verpflegungsfond durch den Kongreß bilden, der durch private Zeichnungen erweitert werden soll. Ein anderer Vorschlag geht dahin, an deutsche Industrielle einen Vorschuß amerikanischer Bankiers zu geben und mit diesem Vorschuß die Lebensmittelsendungen zu finanzieren. Natürlich sprechen in Amerika nicht nur das Mitgefühl für die hungernden Massen in Deutschland und die sich langsam wandelnde Meinung gegenüber Deutschland bei diesem Vorgehen mit, sondern insbesondere das Verlangen der amerikanischen Farmer, die für ihre letzte Ernte Absatz wünschen. Immerhin wäre noch im vorigen Jahre eine solche Anleihe viel heftiger bestritten worden, wie in diesem Jahre. Man erinnere sich nur, welch heftige Pressefeldzüge das Projekt der Morgan-Anleihe seinerzeit in Amerika hervorgerufen hat. Die Stimmung Amerikas ist auch heute nichts weniger als prodeutsch, aber sie ist nicht mehr im entferntesten Maß wie früher antideutsch. Dagegen hat Frankreich gerade in den Vereinigten Staaten in den letzten Monaten an Sympathien in ungeheurem Maße eingebüßt, sodaß sich bezeichnenderweise bei dem beginnenden Kampfe um die Präsidentschaft die frankophile Gesinnung kaum hervorwagt.

### Deutschlands Antrag auf amerikanische Lebensmittelkredite.

)( Paris. Die Reparationskommission hat in der Frage der amerikanischen Nahrungsmittelkredite beschlossen, die Entscheidung darüber, ob in dieser Angelegenheit die Reparationskommission oder die alliierten und assoziierten Regierungen zuständig sind, den letzteren zu überlassen. Inzwischen ist der Garantieausschuß beauftragt worden, den deutschen Antrag zu prüfen, ohne den Beschluß der Regierungen abzuwarten.

Die Reparationskommission hat gestern vormittag außer über die amerikanischen Nahrungsmittelkredite auch über die Einsetzung der beiden Sachverständigenausschüsse beraten. Havas zufolge haben noch nicht alle Delegationen offiziell ihre Sachverständigen bestimmt. Die Reparationskommission habe die amerikanischen Sachverständigen gebeten, ihre Abreise so einzurichten, daß sie am 8. Januar in Europa sind. Sie habe dem amerikanischen General Dawes den Vorsitz im ersten Ausschuß (Budget und Währung) angeboten. Für den zweiten Ausschuß (Kapitalflucht) habe Amerika noch keine Sachverständigen namhaft gemacht.

### Die englischen Sachverständigen.

)( London. Der City-Redakteur der „Morning-Post" schreibt zu der Mitteilung, daß der Gouverneur der Bank von England Montague Norman, Mac Kenna und Sir Josua Stamp zu britischen Delegierten in den Untersuchungsausschüssen ernannt worden sind, in Citykreisen werde über die Wahl allgemeine Befriedigung empfunden werden, die Sir John Bradbury getroffen habe. Montague Norman werde zweifellos dem Ausschuß das größtmöglichste Gewicht und die größtmöglichste Autorität verleihen. Keine bessere Auswahl eines Vertreters zur Behandlung der statistischen Seite des Problems habe gefunden werden können als Sir Josua Stamp. Als Statistiker stehe er an oberster Stelle. Die Tatsache, daß er vor allem Sachverständiger in Steuerfragen sei, sei von der größten Bedeutung. Schließlich hätte als Haupt der größten Bankorganisation und mit seinen hingehenden Kenntnis das Regierungsmaximum keine andere weitere Persönlichkeit zur Behandlung der Frage des deutschen Kapitals im Auslande gefunden werden können als Mac Kenna. Sir John Bradbury müsse sicherlich zu seiner Wahl beglückwünscht werden, besonders, wenn alle drei hervorragenden Sachverständigen es möglich finden sollten, die Einladung anzunehmen.

Die „Times" schreibt in ihrem finanziellen Teil, die Mitteilung über die Wahl der britischen Delegierten für die Untersuchungsausschüsse werde in Geschäftskreisen einen sehr günstigen Eindruck machen. Angesichts ihrer großen Erfahrung und ihres Ansehens in den Stellen, die sie innehaben, würde es schwer gewesen sein, eine bessere Kombination zu wählen.

Die Wahl der englischen Delegierten für die Sachverständigenausschüsse der Reparationskommission zeigt, daß England diese Aufgabe sehr ernst nehmen will. Es ist den Franzosen schon jetzt klar, daß weder Mac Kenna noch Montague Norman und Stamp sich den Wünschen Poincarés fügen werden. In der Presse werden bereits pessimistische Aeußerungen laut, die auf nahende Differenzen hinweisen. Das „Echo de Paris" schreibt: „Zwischen diesen drei Delegierten und uns ist eine Verständigung nur dann möglich, wenn die im Ruhrgebiet begonnene Reparationsmethode in einem für die Gesamtheit der Reparationskommission geschaffenen System aufgeht. Wenn die englischen Delegierten diese Aufgabe zu erfüllen versuchen, ohne die französische Politik des 11. Januar anzugreifen, dann dürfen sie auf bereitwilliges Entgegenkommen rechnen. Wollen diese Herren aber die Grundlage unserer Aktionen erschüttern, dann ist ihre Arbeit von Anfang an zu einem Mißerfolg verdammt." Das ist die Ansicht des Herrn Pertinax. Der Ministerpräsident Poincaré hat seine Meinung noch nicht geäußert, aber die Rückkehr Bradburys und die Namen der von ihm gewonnenen Delegierten üben bereits einige Wirkung auf die Stimmung in der Reparationskommission aus.

### Die Koalitionsversuche der Sozialdemokratie.

tfd. Dresden. Die sozialistischen Zeitungen bringen jetzt Berichte über die Verhandlungen der Parteien zur Regierungsneubildung. Danach wurde zunächst mit den Kommunisten verhandelt, aber, „der Versuch, mit kommunistischer Unterstützung eine sozialistische Minderheitsregierung aufrechtzuerhalten, scheiterte". Es wird festgestellt, daß die Kommunisten unmögliche Forderungen an die sozialdemokratische Partei erhoben. So verlangten sie u. a. die Bewaffnung der Arbeiterschaft und Straßendemonstrationen gegen die Militärdiktatur. Eine solche Taktik, so meinten die Sozialdemokraten, hätte nach Lage der gegenwärtigen Machtverhältnisse zur unbedingten Niederlage der Arbeiterschaft führen müssen. Es sei vollständig klar geworden, daß die Kommunisten zurzeit gar keine Verständigung mit den Sozialdemokraten wollten. Darauf beschloß die sozialdemokratische Landtagsfraktion die Wahl einer Kommission, die mit den Demokraten in Fühlung treten sollte. Eine Minderheit der Fraktion erklärte sich entschieden gegen ein Zusammenarbeiten mit den Demokraten. Die Fraktionsmehrheit beantragte bei den Landesinstanzen die Einberufung eines neuen Parteitages. In der bevorstehenden Sitzung der Landesinstanzen soll die Entscheidung fallen.

### Geßler gegen Aufhebung des Ausnahmezustandes in Sachsen.

Der Reichswehrminister ist von einer kurzen Reise nach Sachsen wieder in Berlin eingetroffen. Er hat aus Dresden den Eindruck mitgebracht, daß die Absicht, den militärischen Ausnahmezustand aufzuheben, zurzeit noch nicht verwirklicht werden kann, daß vielmehr sein Fortbestehen gegenwärtig notwendig erscheint.

### Der Kampf um den Achtstundentag.

)( Gelsenkirchen. Das Gesamtergebnis der Abstimmung im Deutschen Metallarbeiterverband über das Arbeitszeitabkommen liegt nunmehr vor. 40 000 Stimmen sprachen sich gegen die Verlängerung der Arbeitszeit aus, während 550 mit dem neuen Abkommen sich einverstanden erklärten. Die Arbeiter, für die der Achtstundentag in dem neuen Abkommen gesichert ist, durften an der Abstimmung sich nicht beteiligen. Die Konsequenz dieses Ergebnisses ist, daß die freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter nach Ablauf der Achtstundenschicht ihre Betriebsstätte verlassen. Die Hirsch-Dunckerschen und die christlich organisierten Arbeiter haben sich bekanntlich an dieser Abstimmung nicht beteiligt, haben vielmehr durch ihre Spitzenorganisationen dem Abkommen zugestimmt.

### Die Beschlagnahme von Holzvorräten eingestellt.

Wie der „Kölner Volkszeitung" aus Essen berichtet wird, haben die Beschlagnahmen von Holzvorräten durch die Besatzungsbehörden im besetzten Gebiet seit kurzem aufgehört. Wie in einer Besprechung der Verbände der Holzinteressenten mit Vertretern der Besatzungsbehörden jenen mitgeteilt wurde, wollen die Besatzungsbehörden von weiteren Holzbeschlagnahmen überhaupt absehen, wenn die Verbände von sich aus gewisse Holzmengen als Reparationslieferungen regelmäßig an die Besatzungsmächte abliefern. Die in Betracht kommenden Verbände wollen sich nun an die zuständige Stelle in Berlin wenden, um mit dieser darüber zu verhandeln, ob und in welchem Umfange derartige Holzlieferungen zu Reparationszwecken erfolgen sollen. Die seit der Ruhrbesetzung beschlagnahmten größtenteils abtransportierten Holzvorräte sind sehr groß; allein im Ruhrgebiet sind 24 Sägewerke und Holzbandlungen beschlagnahmt. Dazu kamen umfangreiche Beschlagnahmen von Holz in Süddeutschland, namentlich in den Rheinhäfen.

### Teuerungssorgen in Frankreich.

Nicht ohne Genugtuung wird man in Deutschland davon lesen, daß die Entwertung des französischen Franken sich bereits ähnlich auszuwirken beginnt, wie es seiner Zeit in den ersten Entwertungsmonaten der Mark der Fall gewesen ist. Die Preise beginnen überall zu „steigen", die Gehälter und Löhne können nicht Schritt halten. Die Folge dieser Entwicklung ist bereits eine gewisse Unruhe in den auf Lohn und Gehalt angewiesenen Kreisen und eine scharfe Lohnbewegung in der Beamtenschaft. Die Erhöhung der jährlichen Teuerungszulage auf ungefähr das Doppelte ist die Forderung der Beamtenschaft. Da die Durchführung dieser Forderung das Budget mit 1,1 Milliarden Franken jährlich belastet, zeigt die Regierung naturgemäß keine allzu große Neigung, den Beamtenforderungen im vollen Umfange nachzukommen. Sie will Ortszulagen wie Kinderzulagen um dreißig Prozent erhöhen. Die Kammer hat vorläufig die Vorlage wieder in den Ausschuß zurückverwiesen und dort den Weg des Kompromisses beschritten. Angesichts der bevorstehenden Wahlen haben auch die Parteien des nationalen Blockes das größte Interesse daran, sich die Stimmung in der Beamtenschaft zu erhalten. Eine Krise in dieser Sache liegt auch nicht im Sinne der Regierung. Immerhin sind diese Vorgänge, wenn auch nicht an sich als sehr erheblich so doch als Zeiterscheinungen zu betrachten und zu begrüßen, die von grundsätzlicher Bedeutung für die Weiterentwicklung sein dürften.

### Das deutsche Kapital im Auslande.

Angesichts der bevorstehenden Verhandlungen des von der Reparationskommission eingesetzten Ausschusses zur Untersuchung der deutschen Kapitalflucht wird von der Ententepresse behauptet, daß ungeheure Milliardenwerte von deutschen Kapitalisten im Auslande angelegt worden seien. So wird behauptet, daß in Holland und den anderen Nordstaaten 18 bis 20 Milliarden Goldmark und in der Schweiz 25 Milliarden Schweizer Franken deponiert worden seien. Der Reichsfinanzminister Dr. Luther hat erst kürzlich darauf hingewiesen, wie schwierig es sein wird, eine Methode zu finden, durch die die deutschen Kapitalien im Auslande erfaßt werden könnten; er hat aber andererseits schon früher mit allem Nachdruck betont, daß die in der Ententepresse genannten Zahlen der Wirklichkeit nicht annähernd entsprechen.

Jetzt wendet sich auch die Schweizerische Bankiervereinigung gegen diese unsinnige Behauptung wie überhaupt gegen den Vorwurf, daß die Schweizer Bankwelt den Hehler für deutsches Fluchtkapital mache. Die Bankiervereinigung schreibt in dem Organ der Schweizer Handelskammer u. a.: Schon vor mehr als Jahresfrist hat eine vertrauliche Umfrage bei den Großbanken und Privatfirmen das Resultat ergeben, daß die Behauptung, Deutschland unterhalte in der Schweiz sehr große Frankenguthaben, unrichtig sei. Auch das Eidgenössische Volkswirtschaftsdepartement hält eine derartige Behauptung für durchaus unbegründet. Von außerordentlichen Einzahlungen und Depots deutscher Banken, Gesellschaften, Industriellen und Privater sei nichts bekannt. Wie leichtfertig es ist, von einem deutschen Guthaben in der Schweiz von 25 Milliarden Schweizer Franken zu sprechen, zeigt die Tatsache, daß die Gesamtbilanzsumme der beiden großen Schweizerischen Bankenverbände rund 8,5 Milliarden Franken beträgt. Man dürfe wohl annehmen, daß weitaus der größte Teil dieser Verbindlichkeiten in dieser Gesamtbilanz Guthaben von Inländern darstellt. Noch kürzlich hat der Präsident der Schweizerischen Bankiervereinigung, Mitglied des Schweizerischen Komitees der Internationalen Handelskammer in Paris, die ebenfalls einen Ausschuß zur Feststellung des deutschen Auslandskapitals eingesetzt hat, sein Urteil über die deutschen Guthaben in der Schweiz dahin abgegeben, daß diese höchstens 400 bis 500 Millionen Franken betragen dürften. Ein Betrag also, der über den legitimen und unerläßlichen Bedarf der deutschen Wirtschaft kaum wesentlich hinausgehen wird. Jedenfalls ist von den fabelhaften „Milliarden" keine Rede.

### Die Erdbebenkatastrophe in Südamerika.

**Immer neue Erdstöße. — Bisher 3000 Tote.**

* London. Nachrichten, die aus Pomona (Kalifornien) hier einlaufen, besagen, daß bei dem Erdbeben an der Grenze von Kolumbien und Ecuador insgesamt 3000 Menschen ums Leben gekommen sind. Mehr als 2000 Häuser sind eingestürzt. Der See von Tulcan (Ecuador) ist vollkommen von der Erdoberfläche verschwunden und und noch immer werden neue Erdstöße festgestellt. An einem einzigen Tage sind 12 Beben registriert worden. Mehr als 50 Tote und mehrere hundert Verwundete waren die Opfer der letzten Erderschütterung.

### Das beabsichtigte Attentat auf Kahr.

* München. Der wegen seiner Attentatsabsichten gegen den Generalstaatskommissar verhaftete Nationalsozialist Barthel war nach polizeilicher Feststellung zur Zeit des passiven Widerstandes im Ruhrgebiet bei der Eisenbahn für die Franzosen tätig. Wie die Blätter melden, handelt es sich bei dem Attentatsplan nicht um ein Komplott. Barthel hat gestanden, daß er die Tat allein ausführen wollte.

SLUB Wir führen Wissen.